

UZ

Unsere Zeit
Zeitung der DKP

Juni
2020

notizen

aus Bottrop und Kirchhellen

DKP unterstützt Klage gegen VIVAWEST



Eine Familie klagt mit Unterstützung der DKP gegen den Wohnungskonzern VIVAWEST vor dem Amtsgericht Bottrop. In der Straße Zollverein wurden, wie zuvor auch in der gesamten Siedlung Röttgersbank/Dickebank, energetische Sanierungen durchgeführt. Anschlie-

ßend nutzte VIVAWEST die unsoziale Mietgesetzgebung aus und erhöhte die Miete bis zu 92 Prozent! Trotz 16 Monaten Bauzeit war VIVAWEST nicht zu der gesetzlich vorgeschriebenen Minderung der Miete während der Bauzeit bereit. In der Klageschrift heißt es:

„Der Baulärm durch das Abschlagen der Fassade, Entkernung des Daches, Aufschlagen des Hausflurs und Keller waren unerträglich, und dies 12 Stunden am Tag. Die anschließende Anbringung der Dämmung von außen sowie an der Kellerdecke glichen einem Schießmanöver. Die Nutzung der Wohnung war in der Zeit überhaupt nicht möglich. Die Außenanlagen, speziell der Garten, waren von Juni 2018 – Ende 2019 nicht nutzbar. Im Garten wurde die gesamte Däm-

mung gelagert, der Kellerausgang war durch das Gerüst versperrt.

Die Klägerin hatte von ihrem Minderungsrecht keinen Gebrauch gemacht, da sie darauf vertraute, dass die Beklagte von sich aus – wie für Wohnungsgesellschaften auch üblich – einen entsprechenden Ausgleich anbieten würde. Gegenüber dem Zeugen äußerte eine Mitarbeiterin der Beklagten im Rahmen eines Telefonats Anfang 2018 ihm gegenüber, dass dieser, bzgl. der Mietzahlung nichts zu veranlassen bräuchte. Nach Abschluss der Arbeiten würde die Beklagte einen entsprechenden Ausgleich anbieten.“

Mit der Klage wird eine 20 prozentige Mietminderung für die Zeit der Baumaßnahmen geltend gemacht!

Michael Gerber, Tel.: 96227



Am 9. Mai veranstaltete die DKP mitten in der Corona-Zeit vor dem Rathaus eine Kundgebung. Es gab zwar ein Abstandsgebot, das auch eingehalten wurde, aber Masken mussten die Teilnehmer selbst mitbringen, weil eine Solidaritätsaktion mit Verteilung von Masken verboten worden war. Hier spricht gerade Irmgard Bobrzik, Ratsvertreterin der DKP, über soziale Probleme. Kosten für Corona sind nämlich eine soziale Frage!

Wohnungskonzerne enteignen!

Der Wohnungsmarkt wird in Bottrop beherrscht von den Konzernen Vonovia und VIVAWEST sowie der städtischen GBB. Alle drei Gesellschaften haben ihre Wohnungsbestände in der letzten Zeit sehr stark energetisch saniert. Den Mietern, werden sinkende Energiekosten versprochen. Die Umlegung der Kosten für die energetischen Sanierungen auf die Mieter lässt die Gewinne der Wohnungskonzerne kräftig sprudeln. Vonovia steigerte im letzten Jahr seinen Gewinn auf 1.147 Millionen Euro und VIVAWEST im Jahr 2018 auf 300



Millionen Euro. Dafür stiegen die Mieten bei VIVAWEST auf bis zu 92 Prozent! Auch Vonovia und die GBB

haben die Mieten kräftig erhöht. Viele Mieter müssen inzwischen bis zu 50 Prozent ihres Einkommens für die Miete aufwenden. Mietkosten über 30 Prozent des Einkommens sind unsozial! Die DKP fordert, dass Wohnungskonzerne wie Vonovia und VIVAWEST enteignet werden müssen, damit die Mieten bezahlbar bleiben. Dies fordert inzwischen auch ein Bündnis von Sozialverbänden wie der Paritätische Gesamtverband und der VdK.

Michael Gerber, Tel.: 96227

Jetzt wieder

**Sprechstunden
der
DKP-Ratsgruppe**

**Montag und
Donnerstag
von 15 bis 17 Uhr
im DKP-Büro, Bottrop,
Germaniastraße 54
Telefon: 688157
www.dkp-bottrop.de
und bei Facebook**

Mehrere Millionen

Stadt noch mehr verschuldet!

Infolge der Corona-Pandemie versinkt die Stadt Bottrop immer tiefer in die Schulden. Der Verlust bei den Gewerbesteuern für die Städte wird mindestens 20 Prozent betragen. Für Bottrop bedeutet dies ein Minus von rund 9 Mio. Euro! Hinzu kommen Verluste durch geringere Einnahmen bei der Vergnügungs-, der Umsatz- sowie der Einkommenssteuer. Die Mindereinnahmen für die Befreiung der KITA- und OGS-Gebühren der Monate April und Mai

betragen 530.000 Euro. Hinzu kommen Verluste durch Mindereinnahmen von ausgefallenden Kulturveranstaltungen, Schließung der Hallenbäder, Büchereien, Museum Quadrat, Kurse bei der VHS, Musikschule und der Kulturwerkstatt. Auch die Sozialkosten werden stark steigen für die Stadt. Die CDU/FDP Landesregierung will, dass die Städte die Corona Mehrkosten bis 2025 separat erfassen und danach über 50 Jahre abbezahlen sollen!

Die DKP fordert, dass diese Kosten statt dessen von Bund und Land komplett übernommen werden. Für Konzerne und Banken werden Milliarden Rettungsschirme beschossen. Die Städte und Kommunen werden dagegen wieder einmal vom Bund und dem Land allein gelassen. Dringend notwendig ist ein Rettungsschirm für die Städte! Am Beginn des Spardiktats „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ hatte die DKP bereits 2012 vorher-

gesagt, dass sich die Stadt kaputtspart und am Ende noch mehr Schulden hat als vorher. Genau dies droht jetzt! Am Ende müssen die kleinen Leute wieder durch höhere Steuern und Gebühren die Zeche zahlen! Dagegen hat die DKP am 9. Mai vor dem Rathaus eine Kundgebung durchgeführt unter der Losung: Solidarität in Corona-Zeiten – Wir zahlen nicht für eure Krise!

Manfred Plümpe, Tel.: 94135

**Irmgard Werntges:
Ich wähle DKP!**



Ich bin blind und 78 Jahre alt. Ich habe mich für eine blindengerechte Ampelschaltung im Kalten Eigen eingesetzt und 140 Unterschriften gesammelt. An alle Instanzen der Stadt, bis hin zum Oberbürgermeister und auch direkt an Straßen-NRW habe ich mich gewandt, aber nur bei der DKP tatkräftige Unterstützung erfahren.

Die DKP ist da, wenn sie gebraucht wird. Sie steht hinter den benachteiligten, den alten, behinderten und blinden Bürgern, und sie scheut sich nicht, den Bürgern im Rathaus Gehör zu verschaffen. Darum wähle ich am 13. September die DKP.

Immer noch

Sanktionen gegen Hartz-IV-Bezieher

Bereits im März hatte die DKP nach den Auswirkungen eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts auf Bottrop in einem Antrag an den Sozialausschuss der Stadt gefragt. Das Gericht hatte die sogenannte „Sanktionierung“ von Hartz-IV-Empfängern für Unrecht erklärt. Damit waren Geldkürzungen für ohnehin schon arme Menschen abgeschafft. Die Anfrage wird wegen der Corona-Regeln erst am 29. Mai im Sozialausschuss behandelt, die schriftliche Stellungnahme liegt aber bereits jetzt vor. Die DKP hatte wissen wollen, wie viele Menschen in unserer Stadt Leistungen nach Hartz IV beziehen und wie hoch der Anteil der unter 25-jährigen daran ist. Das Ergebnis: Zum Zeitpunkt des Berichts beziehen fast 12.000 Bürger Leistungen, darunter fast 8.600 Erwerbstätige, unter ihnen wiederum 1.686 unter 25-jährige. Wie hoch der Prozentsatz an der erwerbsfähigen Bevölkerung jeweils ist, wird nicht angegeben. Im ersten Vierteljahr 2020 wurden 168 Personen „sanktioniert“, sie



wurden meist wegen Meldever-säumnissen bestraft. Wer die Zustellungen von Post durch das Jobcenter kennt, der kommt meist zu dem Ergebnis: Hätte mir auch passieren können, auch bei mir kommen gelegentlich Briefe nicht oder zu spät an!

Die DKP fragte natürlich auch, wie entschädigt wird, schließlich waren die „Sanktionen“ unrechtmäßig verhängt worden. Die Antwort des Jobcenters ist da ein wenig kryptisch formuliert, aber offenbar wurden Sanktionen auch „nachgezahlt“. Wegen der Corona-Pandemie sind allerdings „bis auf weiteres“ Sanktionen vollständig ausgesetzt. Die Praxis der Sanktionen muss beendet werden! Die DKP fordert, Hartz IV endlich zu beseitigen! Hartz IV bedeutet Armut per Gesetz!

Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020

**Dirk Steinbauer:
Ich wähle DKP!**



Für Ende Mai sind die Straßenausbauarbeiten an der Stenkhoffstraße geplant. Aber wir Anwohner sollen für die Straßenschäden aufkommen, obwohl die der Durchgangsverkehr verursacht hat. Nur die DKP setzt sich für unsere Belange ein und hat den Widerstand organisiert. Auch auf die persönliche Unterstützung durch Mitglieder der DKP kann man sich verlassen, Wort und Tat stimmen überein. Darum DKP wählen!

Wer die Welt verändern will, muss sie erkennen. Wer sich befreien will, braucht Genossen. Wer Kraft entfalten will, muss sich organisieren. Wer ein freies menschliches Leben erringen, die Zukunft gewinnen will, muss kämpfen.

Werde Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei. DKP

Im Bottroper Süden

Endlich handeln!

In den letzten Jahrzehnten hat sich der Bottroper Süden – Boy, Welheim, Welheimer Mark, Ebel, Batenbrock und Vonderort – zur am meisten vernachlässigten Region unserer Stadt entwickelt. Schon eine Aufzählung zeigt, wie schlimm die Ignoranz von SPD und Stadtverwaltung unter dem Motto „Uns doch egal“ bereits gewirkt hat – trotz des ach so tollen Innovation-City-Programms:

Dreck und Verkehr: Das Thema Kokerei ist allein leider schon schlimm genug und die Kohle-Öl-Anlage in der Welheimer Mark glücklicherweise dicht gemacht worden, aber es gibt noch genug Dreckschleudern im Süden oder an dessen Rand:

■ zwei Autobahnen werden zusätzlich für **Dreck und Lärm** sorgen. Es soll die B224 zur A52 ausgebaut und die A42 zwischen der Auffahrt Bottrop und dem Kreuz mit der B224 verbreitert werden, Baubeginn voraussichtlich 2022.

■ Wenn man mal wirklich drüber nachdenkt, ist das Alpincenter und alles drumherum von sich aus schon eine Öko-Sünde, allein durch den Strom, der zur Kühlung verbraucht wird. Hinzu kommt aber noch, dass die Halde, auf der das Center steht, immer weiter mit Sondermüll aufgepolstert wird. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Besitzer der Halde durch die Verwendung der Drecksschlacke noch zusätzlich Profit machen. Außerdem kriegen sie ihr (Ab-)Pumpsystem nicht in den Griff (siehe dazu den Artikel in dieser Ausgabe).

■ Der Süden umfasst auch einen

Großteil der jetzt geschlossenen Zeche Prosper II. Was da alles an Dreck im Boden liegt: Wir sind uns sicher, da kommt noch was auf uns zu. Was uns jetzt als „Freiheit Emscher“ verkauft wird, ändert an der trostlosen Wohnsituation im Bottroper Süden nichts.

■ Hinzu kommen noch: Die Müllverbrennung in Essen-Karnap, die Kläranlage der Emschergenossenschaft, die Wäschereinigung bei der MEWA, die MC-Bauchemie, die Essener Alu-Hütte an der Grenze zu Bottrop. Alles zusammen bringen diese – man muss sie so nennen – Dreckschleudern ein Gemenge in die Luft, dass sich durch den Mix übel bemerkbar macht. Die Mischung machts!

Lärm: Oben bereits erwähnt sind die Autobahnen – ein Fakt fehlt noch:

■ Die B224 hätte längst lärmgemindert sein können – das Land und die Bottroper SPD meinen jedoch, dazu müsste die A52 aber zunächst gebaut werden. Widersinnig? Na klar, aber sagen Sie das mal einem Autolobbyisten in der Regierung und der Stadtverwaltung!

■ Die Anwohner von Vonderort und in Welheim klagen schon seit langem vor allem über Bahnlärm – der schon längst hätte vermindert werden können. Ähnliches gilt für die Ebel, wo immer noch zu viele Ortfremde mit ihren Pkw durchbrettern, weil der eine oder andere eine Abkürzung sucht, wenn es sich mal wieder staut.

Hier dürfte noch der eine oder andere Lärm- und/oder Dreckverursacher fehlen, aber zum „Wohnen“ gehört ja auch ein **Umfeld:**



■ Nicht oder kaum vorhanden sind Ärzte im Bottroper Süden: in Welheim und in Vonderort gibt es keine, Kinderärzte fehlen fast völlig.

■ Sparkassenfilialen gibt es nur noch in der Boy – das wars auch schon.

■ Einkaufsgelegenheiten: Kaum vorhanden in Ebel, Welheimer Mark und Vonderort.

■ Der Boyer Markt ist ein Trauerspiel und Symbol für die Vernachlässigung des Stadtteils.

■ Die Büchereizweigstelle in der Boy wurde geschlossen.

■ Die Erreichbarkeit insbesondere von Ebel und der Welheimer Mark

mit Bussen ist seit Jahren immer schlechter geworden.

Zusammengefasst: Der Bottroper Süden wurde und wird systematisch vernachlässigt. Es ist kein Trost, dass die übrigen Stadtteile auch bald schlechter dran sein werden, wenn die Stadt immer mehr verschuldet. Es wird trotzdem Zeit, dass die SPD mit ihrem Oberbürgermeister endlich aufwachen. Die SPD ist in der Bundesregierung vertreten und könnte Druck machen für Infrastrukturprogramme und gegen die Autolobby und die Dreckschleudern in der Industrie.

Jörg Wingold, Tel.: 685911



Seit Jahren taucht immer wieder ein Bild dieses Hauses an der Ecke Südring/Hünefeldstraße in dieser Zeitung auf. Bereits vor geschätzten 20 oder 30 Jahren sah es so vernagelt und vernachlässigt aus. Nichts ist seither geschehen. Das Gebäude rottet weiter vor sich hin. Wenn Sie ein altes Auto auf der Straße abstellen, kriegen Sie irgendwann mal einen „bösen“ Aufkleber vom Ordnungsamt draufgepappt. Sogas gibt es wohl nicht für leerstehende Häuser, wie dieses oder das frühere Autohaus an der Gladbecker Straße. Die DKP wird beantragen, das in den infrage kommenden Bezirksvertretungen zu besprechen.

Auch im ersten Quartal 2020

Kokerei vergiftet weiter die Umwelt

Die Kokerei von ArcelorMittal hat ihren Schadstoffausstoß mit den krebserregenden Benzo(a)pyren nicht verringert! Die Belastung betrug laut der Messstation des LANUV in Welheim im 1. Quartal 2020 im Durchschnitt 2,33 Nanogramm pro Kubikmeter (ng/m³). Damit wurde der Zielwert von 1 ng/m³ deutlich überschritten. Zum Vergleich die Werte für das 1. Quartal der letzten Jahre: 1,96 ng/m³ (2017), 2,51 ng/m³ (2018) und 2,73 ng/m³ (2019). Spitzenwerte waren in diesem Jahr bisher am 12. Januar mit 13,3 ng/m³ und am 9. Januar mit 12,09 ng/m³. In der WAZ vom 17. März wird der Standortleiter Herr Degen mit der Aussage zitiert: „Die Januar- und Februar-Performance zeigt einen deutlichen Trend der Emissionsverbesserung, die rund 50 Prozent niedriger als 2019 ist.“

DKP-Ratsmitglied Michael Gerber: „Von einem Trend der Emissionsverbesserung kann bei der Benzo(a)pyren Belastung durch die Kokerei nicht gesprochen werden. Das ist Wunschdenken von Herrn Degen



und hat mit der Realität nichts zu tun. Da auf der Kokerei, nach eige-

nen Angaben von ArcelorMittal, aktuell Kurzarbeit gefahren wird, sind die Werte nach wie vor alarmierend hoch. Die von ArcelorMittal zugesagte Einhaltung des Zielwertes von 1 ng/m³ wird weiterhin nicht erreicht!“

Die hohe Umweltbelastung vergrößert auch die Gefahren durch die Corona-Pandemie. „Spiegel online“ berichtete am 9. April 2020: „Das Team um Francesca Dominici von der Harvard University verglich die Luftqualität und die Covid-19-Todesraten in 3080 der ‚Countys‘ genannten Landkreise in den USA miteinander. Die Ergebnisse legen nahe, dass Menschen, die über Jahre schlechte Luft einatmen, häufiger schwer oder sogar mit tödlichem Ausgang am neuen Coronavirus erkranken.“

Als weltweit größter Stahlproduzent verfügt ArcelorMittal über genügend Finanzmittel, um eine umweltschonende Koksproduktion zu realisieren. Der Profit des Konzerns geht offensichtlich vor den notwendigen Investitionen in eine

modernisierte Anlage. ArcelorMittal gefährdet damit den Bestand der Kokerei mit seinen Arbeitsplätzen sowie die Gesundheit der Beschäftigten und der Menschen in Bottrop und der Region. Es ist für die DKP offenkundig: ArcelorMittal betreibt die Kokerei auf Verschleiß, um sie mittelfristig zu schließen und nimmt dabei keinerlei Rücksichten – weder auf die Bürger in Welheim und Batenbrock, noch auf die Beschäftigten der Kokerei. Michael Gerber: „Die Gesundheit der Menschen muss Vorrang vor dem Profit von ArcelorMittal haben! Bezirksregierung und Stadt müssen dem Konzern endlich deutliche Grenzen ziehen und notfalls die Kokerei schließen. Die Gewerkschaft IG Metall und der Betriebsrat werden sich Gedanken über die Frage machen müssen, wie sie einer absehbaren Schließung entgegentreten wollen. Da gibt es durchaus Gemeinsamkeiten mit den Anwohnern der Kokerei!“

Michael Gerber, Tel.: 96227



Die Kundgebung auf dem Rathausplatz am 9.5. nutzte die DKP, um die Anwesenden aufzurufen, am Mahnmahl für die Opfer des Faschismus auch Nelken niederzulegen. In der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1945 hatte die faschistische deutsche Wehrmacht bedingungslos in Berlin kapitulieren müssen. Vor allem die Soldaten der Sowjetunion, aber auch die Kämpfer der Alliierten hatten geschafft, was die Deutschen nicht selbst vollbrachten, nämlich die Deutschen vom Faschismus zu befreien. DKP-Kreisvorsitzender Jörg Wingold meinte, der 75. Jahrestag dieser Befreiung sei erneut Anlass, ihnen Danke zu sagen – oder auf Russisch: Spassibal

DKP fordert:

Saalbau für Rat und Ausschüsse nutzen!

Nach den Plänen der Verwaltung sollen künftig der Rat sowie das Jugendparlament in der Dieter-Renz-Halle und alle Ausschüsse und Bezirksvertretungen in der Aula Welheim tagen. Die DKP hatte seit Unterbrechung der politischen Beratungen im März bemängelt, dass monatelang keine Sitzungen des Rates, der Ausschüsse und Bezirksvertretungen stattfanden.

Die DKP fordert, dass die Beratungen des Ausschusses für Stadtplanung und Umweltschutz am 16. Juni wegen des Themas „Umweltbelastung durch die Kokerei“ nicht in der Aula Welheim durchgeführt wird, sondern in die größere Dieter-Renz-Halle verlegt wird. Es muss mit einer großen Anzahl interessierter Bürgerinnen und Bürger gerechnet wer-

den. Dafür bietet die Aula Welheim keinen ausreichenden Platz. Die DKP hat sich mit dieser Forderung an den Vorsitzenden des Ausschusses, Bürgermeister Strehl, gewandt.

Beratungen der Ratsgremien im Rathaus werden für die Zeit der Corona-Pandemie wegen der Abstands- und Hygienemaßnahmen bis in das Jahr 2021 nicht möglich sein. DKP-Ratsmitglied Michael Gerber: „Für so einen langen Zeitraum immer wieder für mehrere Tage die Dieter-Renz-Halle für den Schul- und Vereinssport zu sperren, ist nicht zu verantworten. Die Aula Welheim müsste wegen des engen Sitzungsplanes auf Dauer für das Schulzentrum Welheim gesperrt werden. Dies ist eine starke Beeinträchtigung für das schwierige

Schulleben in Corona-Zeiten, in dem vor allem größere Schulräume dringend benötigt werden.“

Die DKP schlägt daher vor, den großen Saal des Saalbaus für Beratungen des Rates und seiner Gremien wieder zu nutzen. Michael Gerber hatte den Saalbau zusammen mit Herrn Sommer, Leiter des Fachbereichs Immobilienwirtschaft der Stadt, besichtigt. Der große Saal und die Beratungsräume sind komplett vom Corona-Behandlungszentrum getrennt, es sind zwei separate Ein- bzw. Ausgänge und eigene Toilettenanlagen vorhanden. Aufgrund der mangelnden Instandhaltung der letzten Jahre ist jedoch die Belüftungsanlage nicht mehr funktionsfähig. Nach Auffassung der DKP wäre deren Reparatur eine ver-

trebare Investition in diesen schwierigen Zeiten, um die Dieter-Renz-Halle und die Aula Welheim nicht durch die Beratungen des Rates und seiner Ausschüsse zu blockieren. Michael Gerber: „Noch ist der Saalbau vorhanden und instandsetzbar. Jede Großstadt in NRW verfügt über große Veranstaltungshallen. Gerade in Corona-Zeiten ist ein solches Gebäude auch für Bottrop unverzichtbar. Pandemien werden künftig häufiger die Stadtgesellschaft vor Herausforderungen stellen. Daher muss sich die Politik dieser Verantwortung stellen und die Zukunft des Saalbaus unter diesem Gesichtspunkt neu bewerten. Damit kann das Kultur- sowie das gesellschaftliche Leben in Bottrop nur gewinnen.“



Traditionell treffen sich am 1. Mai Gewerkschafter zur Mai-Kundgebung. In diesem Jahr hatte der DGB jedoch die Kundgebung abgesagt – wegen der Corona-Krise. In den letzten Jahren war die Bottroper Kundgebung zwar zu einer Werbeveranstaltung der SPD verkommen und noch kürzer waren die Demonstrationen gar nicht mehr hinzubekommen – aber die DKP ist trotzdem dafür, auch in Corona-Zeiten für die Rechte der arbeitenden Menschen zu demonstrieren – gerade jetzt! Daher ließen sich die Bottroper Kommunisten etwas Besonderes einfallen: Sie hängten ihr Demonstrationstransparent auf der Gladbecker Straße auf und verzierten das Straßenpflaster mit Losungen zum Thema Frieden und Abrüstung. Das Transparent blieb ungehindert drei Tage lang hängen – und die Sprüche wurden vom Regen weggeschwemmt.

Bald dicht

DKP kritisiert Schließung des Corona-Zentrums

Die DKP kritisiert die beabsichtigte Schließung des Corona-Behandlungszentrums am Saalbau. DKP-Ratsmitglied Michael Gerber: „Wenn sich die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL) aus dem Behandlungszentrum zurückzieht, muss die Stadt das Test-Zentrum in Zusammenarbeit mit dem Bottroper Ärzteverein fortsetzen. Das Corona-Behandlungszentrum im Saalbau hat sich nach Auffassung der DKP bewährt und sollte daher bestehen bleiben.“

Bei den Lockerungen für das gesellschaftliche Leben in der Stadt, den Öffnungen der Geschäfte und Restaurants, den Schwimmbädern sowie

mehr Kinder in KITAs und Schulen müssen die Corona-Tests massiv ausgeweitet werden. Nur dann können neue Corona-Ausbrüche sofort nachverfolgt und begrenzt werden. Noch immer fehlen flächendeckende und regelmäßige Tests für alle Beschäftigten in den Pflegeberufen. „Die Corona-Tests in die Hausarztpraxen zu verlegen ist der falsche Weg. Das verunsichert viele Patienten, die dann den Besuch von Hausarztpraxen vermeiden. Zudem fehlt in den Praxen das notwendige Schutzmaterial für die Corona-Tests“, kritisiert DKP-Ratsmitglied Irmgard Bobrzik.

Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020

Auch Bezirksvertretung dafür

Fortsetzung der Arbeit der Quartiersarbeit im Eigen

Die DKP fordert, dass die Stadt Bottrop das Quartiersmanagement im Eigen dauerhaft finanziert. Wenn die Quartiersarbeit durch Förderprogramme finanziert wird, darf das Projekt nicht eingestellt werden, wenn die Förderung ausläuft.

Frau Beese hat seit Jahren eine erfolgreiche Arbeit als Quartiersmanagerin im Eigen geleistet. Das Programm des Quartiersbüros Bottrop-Eigen sah unter anderem folgende Aktivitäten vor: Eine Kochgruppe, das Speed-Dating für Seniorinnen, das Reparatur-Café, eine Fahrradgruppe, die Spaziergruppe, einen Handarbeitskreis, das Rudelsingen und weitere Zusammenkünfte.

Diese Stadtteilarbeit hat sich bewährt und muss fortgeführt werden. Sie hat das nachbarschaftliche Engagement gestärkt, Eigenverantwortung und Selbsthilfe gefördert und zur Belebung des Stadtteils und der Stadtteilkultur beigetragen. Die Stadtteile mit ihren älteren Bürgern und ihren wenigen lokalen Freizeitangeboten benötigen dringend Einrichtungen im Quartier. Frau Beese hat das in den vergangenen Jahren engagiert auf den Weg gebracht. Auf Antrag der DKP hat die Bezirksvertretung Mitte sich für die Fortsetzung der Quartiersarbeit eingesetzt.

Manfred Plümpe, Tel.: 94135

Ärgernis: Überschwemmungen am Haldenfuß des Alpincenters



Seit 2007 gibt es immer wieder massive Klagen von Anwohnern der Prosperstraße am Fuß der Halde, dass das Alpincenter seine Verantwortung für die Wasserhaltung der Halde nicht wahrnimmt. Die Folge sind überflutete Gärten, Wasser in den Garagen und Nässe in den Kellern der Anwohner. Dies ist für die Anwohner ein unhaltbarer Zustand und mit erheblichen Schäden verbunden. Als Eigentümer der Halde

ist das Alpincenter auch verantwortlich dafür, dass austretendes Wasser aus der Halde nicht in die Nachbargrundstücke fließt.

Die Halde hat zwei Pumpstationen im Johannestal und an der Prosperstraße. Die Pumpstation an der Prosperstraße ist jedoch außer Betrieb. Das Alpincenter darf das Wasser der Halde nicht in die städtische Kanalisation leiten. Der hohe Sulfatgehalt beschädigt das städti-

sche Kanalnetz. Das Wasser der Halde muss über den Industriekanal Schäpersbach zum Emscher Klärwerk abfließen.

Die DKP fordert die Stadt auf, gegenüber dem Alpincenter darauf zu bestehen, seine Verantwortung für die Wasserhaltung der Halde wahrzunehmen und zu verhindern, dass Haldenwasser weiter die Nachbargrundstücke überflutet. Nach einem Anruf von Michael Gerber beim Fachbereich Tiefbau haben

die Stadt und die Emschergenossenschaft das Wasser aus den Gärten abgepumpt. Aktuell führt die Stadt Gespräche mit der Emschergenossenschaft, der RAG und dem Alpincenter damit künftig keine Überschwemmungen an der Prosperstraße mehr stattfinden. Die DKP wird weiterhin Druck machen, damit künftig keine Überschwemmungen mehr auftreten.

Michael Gerber, Tel.: 96227



Kinder haben keine Lobby

Corona-Krise richtig meistern!

Solange es keinen Impfstoff und wirksame Medikamente gegen „Corona“ gibt, sind weiterhin Abstand und Hygienemaßnahmen dringend notwendig. Gleichzeitig muss aber auch massenhaft getestet werden. Es ist ein Skandal, dass die vorhandenen Testkapazitäten in den Labors nicht ausgeschöpft werden. Auch in Bottrop wird nach wie vor zu wenig getestet. Immer noch werden nicht regelmäßige Test bei z. B. bei Pflegekräften durchgeführt. Die Informationspolitik der Landesregierung, aber auch durch die Stadt Bottrop ist teilweise chaotisch. Es fehlt den Bürgern eine klare Perspektive, wie trotz Corona das Leben weiter geht. Es darf nicht sein, dass der Krisenstab der Stadt ohne demokratische Kontrolle agiert. Auch der Rat der Stadt wurde in eine Zwangsquarantäne

geschickt. Die Kinder und ihre Eltern haben in der Corona-Zeit keine Lobby. Spielplätze sind geöffnet und demnächst auch wieder Indoor-Spielplätze. Eine regelmäßige Betreuung im Kindergarten wird es vor Ende der Sommerferien nicht geben. Auch auf einen geregelten Schulbetrieb hoffen die Schüler bisher vergeblich. Dabei sind die sozialen Kontakte von Kindern untereinander besonders wichtig. Kinder aus armen Familien drohen beim digitalen Unterricht den Anschluss völlig zu verlieren. Die Bildungsgerechtigkeit bleibt damit endgültig auf der Strecke. Jetzt sind innovative Lösungen für KITAs und Schulen notwendig, die allen Kindern in Corona-Zeiten eine Chance geben.

Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020

Kapital nutzt Chancen

Grundrechte verteidigen!

In der Corona Krise ist auf einmal Geld da ohne Ende. Die „Rettungsschirme“ zielen vor allem darauf, Großindustrie und Banken zu schützen. Die Zeche sollen Arbeiter, Angestellte und Kleingewerbetreibenden zahlen. Corona ist eine Klassenfrage. Die Auswirkungen der Krankheit und der Isolierung treffen Arme härter und dramatischer. Im Bottroper Süden lebt jedes dritte Kind in Armut. Diese Kinder werden in Zeiten geschlossener Schulen und von Homeschooling ohne ausreichende Technik und mangelnder Hilfe abgehängt. Für arme Familien in kleinen Wohnungen ohne Balkon oder Garten ist „Zuhause bleiben“ keine dauerhafte Option. Die häusliche Gewalt steigt an, Selbsthilfegruppen können nicht stattfinden.

Grundrechte wie die Meinungsfrei-



heit und das Versammlungsrecht werden faktisch außer Kraft gesetzt. Der Schutz der Wohnung wird aufgehoben. Handy-Überwachung und der Einsatz der Bundeswehr für hoheitliche Aufgaben des Staates sollen durchgesetzt werden. Was im Rahmen der Notstandsgesetze bisher nur für den Kriegsfall galt, soll in Friedenszeiten erprobt und möglich gemacht werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass die jetzt durchgezogenen Gesetzesverschärfungen, der Abbau von Grundrechten auch nach dem Abklingen der Corona-Pandemie bleiben – das war immer die Strategie der herrschenden Klasse!

Herbert Dibowski, Tel.: 33855

Kundgebung statt Masken

Solidarität in Corona-Zeiten – Wir zahlen nicht für eure Krise!



So sah der Rathausplatz bei der DKP-Kundgebung am 9. Mai aus! Die Teilnehmer mussten sich auf einen Abstand von 2 Metern einlassen und durften erst dann ihre Schutzmasken abnehmen. Es ist sicherlich ein wenig vermessen, hier zu sagen: Der Platz war voll! Aber: Jeder „Stellplatz“ war besetzt. Hier also ein großes „Danke schön!“ an die Teilnehmer, die sich von den Umständen nicht beirren ließen!

Die DKP führte am 9. Mai vor dem Rathaus eine Kundgebung durch unter dem Motto: „Solidarität in Corona Zeiten – Wir zahlen nicht für eure Krise!“ Redner waren DKP-Ratsvertreter Irmgard Bobrzik und Michel Gerber und der DKP-Bundesvorsitzende Patrik Köbele. Anlass: Ein paar Tage vorher wurde der DKP vom Ordnungsamt untersagt, eine „Masken-Verteilungs-Aktion“ auf dem Berliner Platz durchzuführen. Und nun sollte die sogenannte „Corona-Krise“ auch mal auf den Punkt gebracht werden. So erinnerten die drei Redner daran, dass diese sogenannte Krise schon lange kriselt: Im Gesundheitswesen

wurde und wird nämlich privatisiert und gekürzt, was das Zeug hält. Folge: Es dauert immer länger, bis auf Krankheiten reagiert werden kann, weil es den Krankenhaus-Konzernen in erster Linie auf Profite ankommt. Und natürlich wurde daran erinnert, dass immer genug Geld im Steuersäckel vorhanden ist für die Anschaffung neuer Waffen und für die Sanierung von Banken und Konzernen. An die Lage der arbeitenden Menschen denken weder die Bundesregierung noch CDU-Ministerpräsident Laschet. Auch sie werden ja dafür bezahlt, die Reichen reich und die Armen arm zu halten.

Bereits zum Beginn der Pandemie hatte die DKP gefordert:

- BezieherInnen von Transferleistungen erhalten monatlich 100 Euro mehr!
- Verbot von Stromsperrern!
- Kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs!
- Hilfsprogramme für Kinder und Jugendliche aus armen Familien, für Obdachlose und Flüchtlinge!
- Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 100 Prozent!
- Mehr Personal und höhere Löhne in Krankenhäuser und Pflegeheimen!
- Rücknahme der Privatisierungen im Gesundheitswesen! Kein Pro-

fit mit der Gesundheit!

- Rettungsschirme für die Kommunen und Streichung aller Alt-schulden!
- Millionärssteuer für Reiche!
- Kein Bundeswehr Einsatz im Inneren! Hände weg vom Grundgesetz!
- Sofortige Kürzung des Rüstungshaushaltes und Rücknahme des 2-Prozent-Ziels der NATO-Aufrüstung!
- Aufhebung aller Sanktionen gegen „missliebige“ Staaten und Schuldenerlass der ärmsten Länder für die Pandemiebekämpfung!

Jörg Wingold, Tel.: 685911

Für Mund- und Nasenschutz

Masken verschenken verboten

Da wollte doch die DKP Ende April auf dem Berliner Platz kostenlos Mund-Nasen-Schutzmasken verteilen. Vorangegangen war ein Schreiben von DKP-Ratsvertreter Michael Gerber an Oberbürgermeister Tischler, der solle doch seitens der Stadtverwaltung Masken verteilen lassen – nicht jeder könne sich solche auf die Dauer leisten. Außerdem: Konzerne bekommen Milliarden in den Allerwertesten geschoben, wenn sie nur ein bisschen über entgangene Gewinne mäkeln – an nun wirklich notleidende Bürger denke niemand. Ergebnis: Keine Reaktion vom

Oberbürgermeister! So entschloss sich die DKP, 1.000 Masken zu beschaffen und wollte die dann auch kostenlos abgeben. Jedoch: Die Aktion wurde zwei Tage vorher vom Ordnungsamt untersagt!! Da aber der „Stadtspiegel“ bereits die Aktion angekündigt hatte, harrten DKP-Bezirksvertreter Manfred Plümpe und Kreisvorsitzender Jörg Wingold zum angekündigten Termin am Berliner Platz aus. Es kamen trotzdem circa 50 Bürger, denen sie leider mitteilen mussten, dass das Ordnungsamt die Verteilung untersagt hatte. Niemand verstand das – wie auch. Auch das



Ordnungsamt kam mit einem Streifenwagen vorbei und überprüfte, ob auch wirklich keine Maske verteilt würde. Ob den beiden Mitarbeitern der Ordnungsbehörde das Spaß gemacht hat oder peinlich war, war nicht zu erkennen: Sie hatten Masken auf. Stattdessen verteilte die DKP kostenlos Masken an die Evangelische Sozialberatung, das Autismus-Zen-

trum und die Radstation am Hauptbahnhof. Alle drei Einrichtungen waren hochofrend – sie hatten sich zum Teil vorher schon bei der Stadtverwaltung erfolglos um kostenlose Masken bemüht. Und es sind natürlich noch Masken im DKP-Büro, Germaniast. 54 zu bekommen. Am besten: Vorher dort anrufen!
Jörg Wingold, Tel.: 685911

Kommunalwahl 2020

Unter erschwerten Bedingungen

Die DKP hatte gefordert, die Kommunalwahlen wegen der Corona-Pandemie auf das Frühjahr 2021 zu verlegen. Der NRW-Landtag hat jetzt entschieden, dass die Kommunalwahlen am Sonntag, dem 13. September stattfinden. Es werden **Wahlen unter erschwerten**

■ Die Werbung für die Wahlen kann sicherlich nicht den üblichen Umfang haben und die „üblichen“ Methoden werden auch nicht angewendet werden können. Ab wann wieder gewöhnliche Informationsstände stattfinden können, die Sie von

uns gewohnt sind, ist noch völlig unklar. Fassen Sie also bitte diese Ausgabe der NOTIZEN auch als Informationsmedium und als Aufruf auf: Wählen Sie die DKP!

■ Die Sitzungen des Rates und der Ausschüsse haben jetzt ihre letzten Sitzungen. Danach kommen die Ferien und dann erfolgen die Wahlen. Eine öffentliche Diskussion in der Stadtgesellschaft über politische Alternativen, Meinungsstreit auf Diskussionsforen können nicht stattfinden!

■ Zurzeit sind Hausbesuche nur unter erschwerten Bedingungen

möglich – wenn überhaupt. Persönliche Gespräche mit unseren Wählern oder noch unentschlossenen Bürgern sind kaum durchführbar. Falls Sie also Interesse an der DKP haben: Sprechen Sie uns an, nehmen Sie Kontakt per Telefon oder Internet auf!

Die Aktionen und Forderungen der DKP können Sie auch per Facebook und über die Internetseite www.dkp-bottrop.de verfolgen. Schauen Sie mal rein!

■ Wie stellt eine Partei wie die DKP ihre Programmatik in solchen Zeiten dar? Klar, es gibt die elek-

tronischen Medien, aber viele Bürger wollen was in der Hand haben. Die DKP Bottrop wird in diesem „Corona-Wahlkampf“ die Forderungen der DKP für Bottrop in einem kurzen Programm zusammenfassen.

■ Ansonsten: Lassen Sie sich überraschen! Ein paar Ideen haben wir noch in petto!!

Wir können es nicht oft genug sagen – weil wir es ernst meinen: Gerade in diesen Zeiten ist es wichtig, die DKP zu wählen! DKP im Rat der Stadt – Damit man draußen sieht, was drinnen geschieht!



Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020



Michael Gerber, Tel.: 96227



Jörg Wingold, Tel.: 685911

Damit man draußen sieht, was drinnen vorgeht!



Manfred Plümpe, Tel.: 94135

Auch in diesem Jahr sollte wieder ein **MARKTFEST DER DKP** stattfinden, und zwar passenderweise kurz vor den Wahlen. Das wird wegen der Pandemie nicht möglich sein. Wir wollen auftretenden Künstlern nicht zumuten, kurzfristig eine Ab- oder Zusage zu bekommen. Laut „Fahrplan“ der Landesregierung sollen größere Veranstaltungen erst wieder nach dem 31. August stattfinden – falls nicht wieder was dazwischenkommt.

Wir werden das DKP Marktfest daher auf das nächste Jahr verschieben!